

MONTENEGRO

Ruf des Vaterlands

Der frühere Regierungschef Milo Djukanović, amtsältester Politiker auf dem Balkan und dessen schillerndste Figur, kehrt zurück ins Amt. Es bedurfte weder Wahlen noch eines Misstrauensantrags gegen den derzeitigen Premier Zeljko Sturanović, um ihm erneut den Weg zur Macht zu ebnet. Sein Nachfolger ist in aller Freundschaft aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. Djukanović, 46, war während seiner knapp anderthalbjährigen Auszeit Vorsitzender der Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) geblieben. Nun habe er erneut den Ruf des Vaterlands vernommen, sagt der Politiker, und da müssten „persönliche Interessen zurückstehen“. Zwischen 1991 und 2006 hat er der Republik bereits als Premier und als Präsident gedient. Von Slobodan Milošević gefördert, hielt er Serbien lange Zeit die Treue, unter seiner Herrschaft wurde die kroatische Stadt Dubrovnik beschossen. Später wandte sich Djukanović von seinem Mentor ab, betrieb die Loslösung von Serbien und wurde zum Liebling des Westens – 2006 ließ er sich als Vater der Unabhängigkeit feiern. Jetzt will Djukanović den EU-Beitritt forcieren, die Wirtschaft vorantreiben und den Lebensstandard steigern.

Sein eigener war zu Regierungszeiten so üppig, dass er kaum mit seinen offiziellen Bezügen zu erklären war. Mittlerweile verweist Djukanović auf die erfolgreiche Gründung mehrerer Unternehmen und einer Privatuniversität sowie auf eine millionenschwere Bankbeteiligung. Die Opposition vermutet allerdings, dass es ihm bei seiner überraschenden Rückkehr vor allem um diplomatische Immunität geht. Seit Jahren ermittelt die italienische Staatsanwaltschaft in Bari gegen Djukanović wegen Zigarettenschmuggels und Geldwäsche. Er bestreitet alle Vorwürfe.



Djukanović, Sturanović



Rudd mit Aborigines

AUSTRALIEN

Gute Worte statt Geld

Es war ein bewegender historischer Moment, als Premierminister Kevin Rudd, Chef der Labor-Regierung, vergangenen Mittwoch endlich offiziell das Bedauern der Nation für alles Unrecht aussprach, das den Aborigines, den Ureinwohnern, im Verlauf von zwei Jahrhunderten widerfahren ist. Ergriffene Bürger verfolgten die Ansprache in den sommerheißen Metropolen auf Freiluft-Videowänden; im Parlament von Canberra spendeten die Anwesenden stehend Applaus; manche tupften sich Tränen ab. Rudds Akt war überfällig. Wie wilde Tiere sind die Aborigines lange Zeit behandelt worden. Man erschoss sie, man vergiftete sie, man nahm ihr Land. Ihre Kinder, insgesamt an die 100 000, wurden den Familien entrissen und von Weißen erzogen, was den Begriff „Gestohlene Generation“ prägte. Nicht zuletzt wurden die Uraustralier aus den rohstoffreichen Gebieten im Outback verdrängt, denn der Uran- und Eisenerzabbau hatte stets Vorrang vor

ihren Belangen. Die bis November 2007 regierenden Konservativen unter John Howard verweigerten hartnäckig eine förmliche Entschuldigung, aus Angst vor Schadensersatzforderungen. Rudd ging nun zwar das magische Wort „sorry“ gleich mehrfach über die Lippen, aber an Kompensationszahlungen denkt er ebenso ungern wie sein Vorgänger. In Einzelfällen könnten ja weiterhin die Gerichte entscheiden.

Kritiker glauben, dass Labor vor allem der Nation die Schuldgefühle nehmen will, am besten zum Nulltarif. Womöglich werde der Kurs von John Howard, der wenig Rücksicht auf die indigene Bevölkerung nahm, sogar beibehalten. Die große Mehrheit der rund 460 000 Aborigines vegetiert auf Dritte-Welt-Niveau. Ihre Lebenserwartung liegt 17 Jahre unter der von weißen Australiern; Alkoholismus und Arbeitslosigkeit grassieren. Entschädigungen oder bessere medizinische Versorgung bleiben deshalb auf ihrer Agenda.